

## „Die Moral verkleistert den politischen Blick, die politische Analyse“

FSK-Radiosendung kritisiert Fritz Storims 129a-Veranstaltungsreferat

Ein indymedia-Beitrag (1) macht auf eine Radiosendung des Freien Sender Kombinars Hamburg (2) aufmerksam. Die Sendung, die am 3.10. ausgestrahlt wurde, bringt eine kritisch kommentierte Fassung des Beitrages von Fritz Storim auf der Veranstaltung „Ist jetzt alles Terrorismus. Zur politischen Dimension des § 129a“ am 30.09. in der Volksbühne in Berlin. Da die Sendung nur als audio-Datei (3) veröffentlicht ist, geben wir hier in eigenen Worten die wichtigsten Thesen der Kritik (teils mit ergänzenden Anmerkungen in eckigen Klammern von unserer Seite) wieder:

1. Der Beitrag beginnt mit der Vermutung, dass speziell dieser Beitrag die Funktion hatte, sich mit der angesprochenen „politischen Dimension“ zu beschäftigen. [Diese Vermutung kann sich immerhin darauf stützen, dass Fritz in der Veranstaltungsankündigung ausdrücklich als „politischer Aktivist“ angekündigt wurde. Und in der Tat formulierte er auch selbst den Anspruch, zu einer „politischen Einschätzung“ kommen zu wollen.] Die Kritik setzt nun mit der These ein, dass dieser Anspruch verfehlt oder zumindest schlecht realisiert wurde.
2. Kritisiert wird, dass der Beitrag von Fritz letztlich keine *eigene politische* Einschätzung formuliere, sondern sich die *juristische* Begründung, die die *Bundesanwaltschaft* für die Durchsuchungen vom 9. Mai gab, zu eigen mache – nämlich, dass es sich bei diesen Durchsuchungen und den dazugehörigen Ermittlungsverfahren um Maßnahmen gegen den Protest gegen den G8-Gipfel handele. Die mit diesem Protest verbundenen Anschläge (4) seien bestrebt, die Gesellschaftsstruktur der BRD zu erschüttern und die Position der BRD im G8-Gefüge zu beschädigen (5). Die Identifizierung mit der Sichtweise der BAW gehe so weit, dass sich Fritz als „Beteiligter“ des Verfahrens (und nicht etwa als dessen Objekt) bezeichnet.
3. Kritisiert wird des Weiteren, dass damit eine Selbststilisierung zu Opfern von Repression gegen *politischen* Protest einhergehe. [In dem Referat hieß es „In den Akten gibt es keine konkreten Tatvorwürfe, und darum ist auch nie gegangen.“] Demgegenüber wird auf eine FSK-Sendung verwiesen, die bereits am 9. Mai ausgestrahlt wurde (6).

[Dort wurde u.a. die These vertreten, seit dem Anschlag auf ein Auto vor dem Haus des früheren Hamburger SPD-Spitzenkandidaten und heutigen Finanzstaatssekretärs auf Bundesebene, Mirow, an Weihnachten 2006 „konnte man sich auf Grund auch der Presseverlautbarungen darauf einstellen, daß ein groß angelegter Schlag zur Ausforschung der Strukturen der Hamburger Linken geplant ist“. Außerdem wurden die Hamburger Durchsuchungen in den Kontext der Geschichte der Auseinandersetzungen um die Rote Flora und die Profilierungsnotwendigkeiten der Hamburger CDU im bevorstehenden Bürgerschaftswahlkampf gerückt. „Tatsächlich [...] gibt es in der Hamburger CDU einen rechten und rechtsradikalen Flügel dem der Abgang von Schill noch heute schwer im Magen liegt und die sich in diese Zeiten zurückwünschen.“

**Diese Einschätzung ist in Anbetracht einer bundesweiten Durchsuchungsaktion vielleicht etwas zu hamburg-zentriert, scheint uns aber als *Einstieg* für eine weiterführende Diskussion geeignet zu sein:**

a) Sie beschränkt sich nicht darauf zu wiederholen, was die BAW aus juristischen Gründen erklären muss, wenn sie wegen bloßer Brandanschläge ein 129a-Ermittlungsverfahren einleiten will (die Anschläge könnten den Staat Bundesrepublik „erheblich schädigen“; vgl. [§ 129 II StGB](#)), sondern formuliert eine – diskussionswürdige – Antwort auf die Fragen: In welcher politischen Konstellation erfolgten die Durchsuchungen? Und welche konkreten politischen

Kräfte haben ein besonderes Interesse an den Durchsuchungen? Auch wenn andere Antworten als die in der Radiosendung gegebenen in Betracht kommen, scheinen uns **dies** die *Fragen* zu sein, die für die weitere Diskussion im Auge behalten werden sollten.

b) Statt der These von der Kriminalisierung politischen Protests wird zur Kenntnis genommen, dass es militanten Widerstand gab, den der Staat natürlich verfolgt.]

4. Weiter wird an dem Veranstaltungsreferat von Fritz Storim kritisiert: Die Interpretation der Durchsuchungen als Kriminalisierung von politischem Protest, die sich auch in der Parole „Angeklagt sind nur wenige, gemeint sie wir alle“ ausdrücke, sei eine selbstüberschätzerische Vereinnahmung aller Protestierenden für autonome Politik. Zugleich sei es eine „moralische Forderung, mit der Druck ausgeübt wird“. Zur Begründung heißt es: „anders herum wäre ein Schuh draus geworden“. Es wäre *eine* Sache, wenn BündnispartnerInnen von Autonomen aus eigener Analyse zu der Einschätzung kämen, sie seien mitgemeint; eine ganz *andere* Sache sei es aber, wenn diesen (potentiellen) BündnispartnerInnen jene Einschätzung von autonomer Seite aufgedrängt wird.

5. Eine „maßlose Selbstüberschätzung“ drücke das Veranstaltungsreferat auch aus, wenn dort die These formuliert wird, die Durchsuchungen seien letztlich „unser Triumph“ geworden. Der Schuss sei für die BAW „nach hinten losgegangen“. Dies ignoriere, dass mittlerweile drei Leute im Knast sitzen. [Dazu ist zu erwähnen, dass Axel, Olli und Florian zwar nicht am 9. Mai festgenommen wurden, aber sich schon die damaligen Ermittlungen teilweise gegen die militante Gruppe richteten.] Auch ignoriere es, dass sich viele Leute mit den praktischen Folgen der Durchsuchungen und Überwachungen herumschlagen müssen. [Der Radiobeitrag spricht etwas pathetisch – letztlich in einem ähnlich Sprachstil, wie er an dem Veranstaltungsreferat kritisiert wird – von „leiden“.]

Außerdem hätten sich derartige Prognosen, dass bestimmte staatliche Repressionsmaßnahmen letztlich „unser Triumph“ seien, schon bei früherer Gelegenheit als falsch erwiesen. Wären sie zutreffend gewesen, müsste die autonome Szene heute viel größer und kontinuierlich handlungsfähig sein.

6. Weitere Kritikpunkte an dem Veranstaltungsreferat sind:

a) Es werde gejammt, „wir selbst werden beobachtet und unser ganzer Tagesablauf registriert“ etc. Diese Einsicht könne für (links)radikale Analysen nicht das Ergebnis, sondern allenfalls der Ausgangspunkt sein. Es gelte zu verstehen, dass genau dies die Aufgabe des Staates ist – und zu analysieren, in welchen Formen und in welchem Ausmaße diese Aufgabe in konkreten Situationen realisiert werde.

b) In dem Veranstaltungs-Referat hieß es: Alle drei 129a-Verfahren sowie die Politik staatlicher Überwachung, zunehmender Datensammlung und Repression seien „Ausdruck einer Veränderung des staatlichen und gesellschaftlichen Systems im Rahmen der neoliberalen Umgestaltung und kapitalistischen Globalisierung der Welt“, in deren „Profit- und Wachstumsparadigma“ „die Steigerung der Produktivität und die Erschließung neuer Märkte“ „**unmittelbar** [...] mit [...] dem Abbau von Demokratie“ gekoppelt sei. Dem wird in der Radiosendung entgegengehalten, dass damit Gesetzmäßigkeiten behauptet werden, die tatsächlich aber Fragen von sozialer Auseinandersetzung sind: „Ob die Globalisierung so sich durchsetzt, wie das hier beschrieben worden ist, ist eine Frage von politischen Kräfteverhältnissen“. [Genau deren präziser Analyse weicht das Referat mit seiner zweckoptimistischen Selbstüberschätzung aber [s. oben These 5.] aus.]

c) Kritisiert wird auch die Referatsformulierung „sich für seine Rechte und eine gerechte Gesellschaft einsetzen“: Dazu wird auf Marx’ Kritik des Gothaer Programms verwiesen.

[Dort heißt es: [„Behaupten die Bourgeois nicht, daß die heutige Verteilung ‚gerecht‘ ist? Und ist sie in der Tat nicht die einzige ‚gerechte‘ Verteilung auf Grundlage der heutigen Produktionsweise? Werden die ökonomischen](#)

Verhältnisse durch Rechtsbegriffe geregelt, oder entspringen nicht umgekehrt die Rechtsverhältnisse aus den ökonomischen? Haben nicht auch die sozialistischen Sektierer die verschiedensten Vorstellungen über ‚gerechte‘ Verteilung?‘ Siehe auch noch: „Wo der Klassenkampf als unliebsame ‚rohe‘ Erscheinung auf die Seite geschoben wird, da bleibt als Basis des Sozialismus nichts als ‚wahre Menschenliebe‘ und leere Redensarten von ‚Gerechtigkeit‘.“ sowie unsere beiden Texte Recht – Gerechtigkeit – Moral und Das Recht schützen?]

d) Der Radiobeitrag wendet sich auch gegen die Umkehrung des Terrorismus-Vorwurfs in dem Satz, der G8 sei die „größte terroristische Vereinigung“. Eine solche moralisierende, in Begriffen von [pseudo-juristischer] Schuld und Unschuld formulierte Kritik z.B. an den [vom Veranstaltungs-Referat in Bezug genommenen] Hunger- und Kriegsoptionen der kapitalistischen Verhältnisse verfehle gerade die Analyse dieser Verhältnisse und damit auch die Organisierung von Widerstand, der tatsächlich praktisch wirksam wird und nicht im Symbolischen stecken bleibt. Erforderlich sei eine Strategie, die der Komplexität der herrschenden Verhältnisse adäquat entgegentritt.

7. Die politische Substanzlosigkeit des Veranstaltungsreferates zeige sich schließlich in der Bemerkung fast am Ende, „Aber Repression wird nicht vermögen, die Ablehnung der unmenschlichen globalen Verhältnisse aufzuhalten oder gar zu zerschlagen – hoffentlich“. Dieses „hoffentlich“ sei das verzweifelte Zeichen, dass das Referat analytisch und strategisch gerade nicht auf der Höhe der Zeit sei, sondern nur das Predigen von Hoffnung zu bieten habe.

Hingewiesen sei noch darauf, dass das fsk-Interview mit der Anwältin von Andrej H., Christina Clemm, das in der Anmoderation der Sendung erwähnt ist, ebenfalls als Audio-Datei zur Verfügung steht: <http://www.freie-radios.net/mp3/20070829-129averfah-18557.ogg> (Download); <http://www.freie-radios.net/portal/streaming.php?id=18557> (zum Online-Anhören).

Siehe zur Einschätzung der Durchsuchungen vom 9. Mai auch noch den – in nachstehendem Beitrag dokumentierten – damaligen taz-Bericht, an dem uns im wesentlichen nur kritisierenswert erscheint, dass dort von einer Telefonrechnung „eine[s] mg-Mitglied[es]“ und nicht von der Telefonrechnung „eines *angeblichen* mg-Mitgliedes“ gesprochen wird.

(1) <http://de.indymedia.org/2007/10/196468.shtml?c=on#c459073> (Aktuelle FSK Sendung zur Einschätzung / Zur Debatte kommen 08.10.2007 - 20:54): „Zu hören unter: <http://www.freie-radios.net/portal/content.php?id=19021> (§ 129a Veranstaltung in Berlin: Auseinandersetzung des Redebeitrags zur politischen Bewertung der Verfolgungen und der Verfahren In der Informationsveranstaltung sollte ein Beitrag den Versuch einer politischen Einordnung unternehmen. Diese wird hier kritisiert.)“

(2) <http://www.fsk-hh.org/>

(3) Download-Möglichkeit: <http://www.freie-radios.net/mp3/20071003-129averan-19021.ogg>; Möglichkeit zum Online-Anhören: <http://www.freie-radios.net/portal/streaming.php?id=19021>. Die Datei kann beispielsweise mit dem Programm foobar2000 angehört werden. Das Programm gibt es kostenlos bei der Computer-Zeitschrift „Chip“: [http://www.chip.de/downloads/c1\\_downloads\\_13013519.html](http://www.chip.de/downloads/c1_downloads_13013519.html). Laut eines weiteren indymedia-Beitrages („ogg-Datei /nerd 09.10.2007 - 14:25; unter gleichen Adresse) ist u.a. auch das Programm winamp zum Abspielen von ogg-Dateien geeignet: „ogg steht für Ogg Vorbis-Format, können eigentlich die meisten mp3-player inklusive winamp heutzutage.“ Schließlich erklärt ein dritter Beitrag (OGG / geogogelt 09.10.2007 - 17:02):

„ <http://www.mp3-heaven.net/Infos/Ogg:Vorbis/Player:und:Encoder>

#### **Dateien abspielen**

Bei ogg braucht man einen kompatiblen Software-Player, denn nicht alle aktuellen mp3-Player unterstützen das neue Format. Wir empfehlen unter Windows Winamp 3 (nicht 2, bei dieser Version ist der Codec standardmäßig nicht unterstützt!), weitere kompatible Player sind Sonique und Zinf .

Unter Linux empfehlen sich xmms und Zinf . Wer ein Mac-Betriebssystem verwendet, hat es schwerer. Aktuelle implementierungen des Codecs sind uns nicht bekannt, doch MacAmp kann genauso ogg abspielen wie Audion2 und Unsanity Echo .

### **Ogg-Files erstellen**

Mit oggdrop, einem einfachen drag-and-drop-Programm, ist das encodieren von mp3- oder wav-Dateien ein Kinderspiel, einfach die gewünschte Datei auf das Fenster ziehen. Die Software gibt es in verschiedenen Versionen für Windows unter [www.vorbis.com/download\\_win.psp](http://www.vorbis.com/download_win.psp). Das Programm enthält auch einen Codec, der dann bei CD-Rippern verwendet werden kann. Seine komplette Musiksammlung zu konvertieren stellt in manchen Fällen einen Qualitätsverlust dar und ist bei großen Datenmengen und geringer Rechenleistung eine sehr zeitaufwändige Prozedur, da der Codec noch nicht auf Geschwindigkeit optimiert ist. Man sollte sich im klaren sein, dass die Qualität wesentlich Besser ist, wenn von einer unkomprimierten Quelle (wav) konvertiert wird, als wenn man mp3s konvertiert. Neue ogg-Dateien direkt von Audio-CDs anzulegen ist kein Problem. Man braucht einen CD-Ripper, bei dem man die installierten Codecs verwenden kann, wie zum Beispiel Easy CD-DA-Extractor oder einen Ripper, der das Format von Haus aus integriert hat, wie Audiograber. Natürlich muss man auch den Codec selbst installiert haben, dazu downloadet man am besten Ogg-Drop.

Weitere ogg-vorbis-Software: [www.vorbis.com/software.psp](http://www.vorbis.com/software.psp)

(4) Die Presseerklärung der BAW zu diesen Durchsuchungen, die eine Liste der fraglichen Anschläge enthält, lautet wie folgt:

#### **» 09.05.2007 - 10/2007 Durchsuchungen in mehreren Bundesländern**

Die Bundesanwaltschaft lässt seit heute Morgen (09.05.2007) im Rahmen zweier Ermittlungsverfahren auf der Grundlage von Durchsuchungsbeschlüssen des Ermittlungsrichters des Bundesgerichtshofs insgesamt 40 Objekte in den Bundesländern Berlin, Brandenburg, Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen durchsuchen. Die exekutiven Maßnahmen, an der annähernd 900 Beamte beteiligt sind, werden von Beamten des Bundeskriminalamts, der beteiligten Landeskriminalämter und der örtlichen Polizei unter der Leitung der Bundesanwaltschaft durchgeführt.

### **I. Militante Kampagne zum Weltwirtschaftsgipfel in Heiligendamm**

Die Bundesanwaltschaft führt gegen 18 namentlich bekannte und weitere, unbekannte Personen ein Ermittlungsverfahren wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung gemäß § 129a Abs. 2 StGB und anderer Straftaten. Die dem militanten linksextremistischen Umfeld zugehörigen Beschuldigten stehen im Verdacht, eine terroristische Vereinigung gegründet zu haben oder Mitglieder einer solchen Vereinigung zu sein, deren Ziel es insbesondere ist, mit Brandanschlägen und anderen gewalttätigen Aktionen den bevorstehenden Weltwirtschaftsgipfel (G8) im Frühsommer 2007 in Heiligendamm erheblich zu stören oder zu verhindern. Der terroristischen Vereinigung werden nach den bisherigen Erkenntnissen gegenwärtig jedenfalls folgende Anschläge zugerechnet, zu denen sie sich unter wechselnden Gruppenbezeichnungen bekannt hat.

#### **Anschläge im Raum Hamburg:**

- Brandanschlag der Gruppierung „August 2005“ zum Nachteil eines Vorstandsvorsitzenden in Niedersachsen im Juli 2005;
- Brandanschlag der „AG Herz-infarkt“ zum Nachteil eines Vorstandsvorsitzenden in Hamburg am 8. Dezember 2005;
- Brandanschläge der „Militante Antimilitaristische Initiative („M.A.M.I.“)“ zum Nachteil einer Firma in Hamburg am 31. Januar 2006;
- Brandanschlag der „fight 4 revolution crews“ zum Nachteil des Direktors eines Wirtschaftsinstituts am 27. April 2006 in Schleswig-Holstein und Sachbeschädigung am Wohnhaus des Standortleiters einer Jobagentur in Hamburg am 25. April 2006;
- Sachbeschädigung der „Unheilige Allianz Dambruch“ zum Nachteil eines weiteren Vorstandsvorsitzenden am 28. September 2006 in Hamburg und Brandanschlag auf einen Pkw des Niederlassungsleiters einer Versicherung in Hamburg am 28. September 2006;
- Brandanschlag (ohne Gruppenbezeichnung) zum Nachteil einer Reederei in Hamburg am 23. Oktober 2006;
- Brandanschlag der „AG Kolonialismus und Krieg in der militanten Anti-G8-Kampagne“ zum Nachteil eines Staatssekretärs im Bundesfinanzministerium in Hamburg am 26. Dezember 2006;
- Sachbeschädigung der „Revolutionäre Antimilitaristische AktivistInnen Butter bei die Fische“ zum Nachteil eines Vorstandsmitgliedes in Hamburg am 26. Januar 2007 und Brandanschlag zum Nachteil eines weiteren Vorstandsmitgliedes in Hamburg am 26. Januar 2007;
- Brandanschlag (ohne Gruppenbezeichnung) zum Nachteil einer Firma in Hamburg am 23. Februar 2007;

#### **Anschläge im Raum Berlin:**

- Brandanschlag der „autonome gruppen/militant people (mp)“ auf eine Liegenschaft des Auswärtigen Amtes in Berlin am 17. Oktober 2005;
- versuchter Brandanschlag der „Autonome Gruppen“ zum Nachteil einer Firma in Eberswalde/Brandenburg in der Nacht zum 10. September 2006;
- Brandanschlag der „Autonome Gruppen“ zum Nachteil einer Firma in Berlin am 6. März 2007.

### **II.**

„militante gruppe (mg)“

In einem Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft gegen die „militante gruppe (mg)“ werden Durchsuchungsmaßnahmen gegen drei namentlich bekannte Beschuldigte (§ 129a Abs. 2 StGB) durchgeführt. Im Zusammenhang mit dem Weltwirtschaftsgipfel hat die „mg“ zumindest zwei Brandanschläge verübt, am 24. Mai 2006 auf das Sozialgericht Berlin-Moabit und am 9. November 2006 auf ein Wirtschaftsforschungsinstitut in Berlin.

Die terroristische Vereinigung „mg“ hat sich unter dieser Bezeichnung seit 2001 zu insgesamt 25 Anschlägen bekannt. Erklärtes Ziel der Vereinigung ist es, durch ständige militante Aktionen die gegenwärtigen staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen zugunsten einer kommunistischen Weltordnung zu beseitigen. Die Anschläge der Gruppierung richteten sich durchweg gegen öffentliche Einrichtungen, unter anderem gegen Bezirks-, Finanz-, Arbeits- und Sozialämter sowie Polizei- und Justizeinrichtungen im Raum Berlin. Allein im Jahr 2006 beging die „mg“ acht Anschläge, darunter ein Anschlag auf das Gebäude des Polizeipräsidiums in Berlin-Tempelhof, wo sich zur Tatzeit auch Personen aufhielten. Der jüngste Anschlag am 16. März 2007 erfolgte auf Büroräume einer ausländischen Handelskammer und eines ausländischen Industriellen- und Unternehmerverbands in Berlin.

Die heutigen Durchsuchungen dienen dem Ziel, Beweismaterial über die personelle und organisatorische Struktur der Vereinigungen sowie begangene und möglicherweise beabsichtigte Brandanschläge aufzufinden. Mit den weiteren Ermittlungen ist das Bundeskriminalamt beauftragt.

Über diese Erklärung hinausgehende Auskünfte können beim derzeitigen Stand der Ermittlungen nicht erteilt werden.« (<http://www.generalbundesanwalt.de/de/showpress.php?themenid=9&newsid=274>)

(5) In dem Durchsuchungsbeschuß des BGH heißt es: „diese straftaten sind dazu bestimmt, die in der bundesrepublik deutschland bestehende gesellschafts- und wirtschaftsordnung zu erschüttern und können insbesondere die internationale position der bundesrepublik deutschland als verlässlicher partner im verbund der acht wichtigsten wirtschaftsnationen erheblich schädigen.“ (zitiert nach: <http://so36.net/Home/1.html>; vgl. <http://www.taz.de/index.php?id=archivseite&dig=2007/05/14/a0144>).

(6) Zu den Hausdurchsuchungen am 9. Mai in Hamburg (Kommentierende Reportage vom Beginn der Demonstration am Abend). In der damaligen Sendung hieß es:

„Dazu [Um den Anlass der Demo am Abend des 9. Mai zu verstehen] muß man 'n bisschen zurückgreifen noch nämlich in die Weihnachtszeit. Seit Weihnachten letzten Jahres ist das Bundeskriminalamt hier in Hamburg tätig auf Grundlage und Hintergrund des Brandanschlages gegen das Auto des ehemaligen u.a. Wirtschaftsstaatssekretars (7) hier in Hamburg auch letzten Spitzenkandidaten Mirow, das Auto seiner Frau, einer bekannten Journalistin wurde da angegriffen. Das wurde vom BKA zum Anlaß genommen zusammen mit den Hamburger Behörden hier ein Ermittlungsverfahren nach § 129a zu inszenieren, das heute seinen vorläufigen – muß man betonen - Höhepunkt gefunden hat. Dieses Ermittlungsverfahren mit der großen Welle von Hausdurchsuchungen die hier in Hamburg stattgefunden haben. Es wurden ja, das ist heute vielfach bei uns auch schon berichtet worden, insbesondere Computer beschlagnahmt, Festplatten beschlagnahmt, handschriftliche Notizen beschlagnahmt und seit Weihnachten konnte man sich auf Grund auch der Presseverlautbarungen darauf einstellen, daß ein groß angelegter Schlag zur Ausforschung der Strukturen der Hamburger Linken geplant ist.

Wie gesagt: Dieser Schlag hat heute seinen vorläufigen Höhepunkt gefunden. Das Ganze in einem Zeitraum, wo - der Sicherheitsdiskurs - gerade zu krampfhaft versucht wird, bundesweit wieder zu reanimieren.

Heute ist mit Nachdruck in Erinnerung gerufen worden, daß die linke Szene den rechten Kreisen dieses Landes als terroristische Szene gilt. Das sollte man, diese Sprachanalogie die darinnen steckt, sollte man sehr Ernst nehmen und insofern ist hier wohl auch ein demonstratives Zeichen gesetzt worden. [...].

Seit Weihnachten in etwa ist ganz deutlich, daß die CDU nach einem Thema sucht, mit dem sie den Burgerschaftswahlkampf im alten Stile wieder anheizen kann und zu diesem Thema gehört die Rote Flora. Das alte Haßobjekt der Rechten in dieser Stadt wieder in das angemessene Licht zu rücken – das ist u.a. auch das Ziel der heutigen Aktivitäten meiner Einschätzung nach. Hier geht es darum für den Burgerschaftswahlkampf zu inszenieren, wie das auch schon am 1. Mai 2000 geschehen ist, daß hier das Horrorest versammelt sei, das man nun gezielt angehen müsse und das ist im Kern heute auch Gegenstand der Hausdurchsuchung in der Roten Flora gewesen. Dort wurden im Wesentlichen neben der Beschlagnahme der Computer und von Materialien... ist im Wesentlichen vor allem das Gebäude fotografiert worden von Innen, alle Grundrisse sind gefertigt worden, wir kennen das, wir haben das auch schon erlebt und solche Sachen liegen dann natürlich für die Pläne die in den Schubladen ohnehin schon bereit liegen... werden dazu gepackt um dann gegebenenfalls sich das Gebäude als Ganzes mal vornehmen zu können. So ungefähr stellt sich dieser Tag hier heute dar; man konnte sozusagen zählen, die Tage zählen, wann dieses Szenario dann nun auch in Kraft treten würde. Das ist mit dem heutigen Tage geschehen. Die CDU hier in Hamburg gibt sich zwar in letzter Zeit betont bürgernah, sozial etc. versucht die lebenswerte Stadt zu inszenieren, versucht mit den Grünen zu kuscheln.

Tatsächlich aber gibt es in der Hamburger CDU einen rechten und rechtsradikalen Flügel dem der Abgang von Schill noch heute schwer im Magen liegt und die sich in diese Zeiten zurückwünschen. Das ist ein Teil des Tages heute, mit dem dieser Flügel versucht zurückzukehren. Interessant ist vielleicht in diesem Zusammenhang noch, daß das innerhalb der Hamburger Polizei umstritten ist. Ein umstrittenes Vorgehen, weil die Hamburger Polizei – teilweise zumindest – begriffen zu haben scheint, daß sie hier für politische Vorhaben instrumentalisiert werden soll. Soweit vielleicht 'ne Einschätzung.“

(7) Tatsächlich ist Mirrow vielmehr Staatssekretär im Bundesfinanzministerium; er war 2004 SPD-Spitzenkandidat für die Bürgerschaftswahl in Hamburg (z.B.: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,456593,00.html>).